Nr. 167. 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Montag, 14. April 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Vergewaltigung des Saargebiets.

Keine Annexion, aber Aneignung.

Das Saargebiet außerhalb des deutschen Machtbereichs. — Neutrale Zone links und rechts des Rheins.

Paris, 14. April. (W. T. B.)

Der von der Agence Havas veröffentlichte Bericht über die diplomatische Lage wiederholt und ergänzt die Angabe über die Regelung der Saarfrage dahin, daß **Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken haben wird,** und daß die französischen Gesetze dort anerkannt werden. Frankreich soll die Polizeirechte ausüben, die **Staatshoheit aber dem Völkerbunde zustehen,** der die Verwaltung des Gebiets einer Art Direktorium von fünf Mitgliedern, nämlich einem Landesangehörigen, einem Franzosen und drei vom Völkerbunde zu Ernennenden, übertragen wird. Die Einwohner des Saargebiets werden alle ihre politischen Rechte auf Wahlen zu örtlichen Körperschaften behalten, aber **keine Abgeordneten in das deutsche Parlament senden. Dieser Zustand soll fünfzehn Jahre dauern,** nach deren Ablauf die Einwohner das Recht haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse durch Volksabstimmung zu entscheiden. Falls sie den Willen äußern, unter der Verwaltung ihres Heimatlandes zu bleiben, wird Deutschland Frankreich die Bergwerke abkaufen müssen, welche jetzt deren volles Eigentum als Ersatz aller von dem Feinde im nordfranzösischen Kohlengebiet angerichteten Schäden erhält. Der durch Sachverständige festgestellte Preis soll in Gold oder gleichwertigen Werten erlegt werden.

Diese durchaus neuartige Regelung hat ihren Ursprung in der Anwendung der Grundsätze des Völkerbundes und entspricht einerseits den Grundsätzen der Alliierten, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht der Völker: **„Man kann hier nämlich wirklich nicht von einem Grundsatz der Annexion reden,** da die Bewohner des Saarbeckens ja die volle Freiheit haben werden, ihre Staatsangehörigkeit zu wählen. Andererseits werden die materiellen Interessen Frankreichs auf diese Weise voll gesichert."

Von dem gestern bereits genannten **Deckungsbetrage von 125 Milliarden Franks werden 55 Prozent Frankreich zufallen,** alles in Gold, Rohstoffen, Waren oder marktgängigen Werten in Jahreszahlungen zahlbar, deren Mindestbetrag im Vertrage festgelegt werden wird. Deutschland wird die Entschädigungen und Wiedergutmachungen nach den Anschlägen erstatten, denn es ist unmöglich, angesichts der Preisschwankungen für Rohstoffe und Arbeitsleistung jetzt schon einen Pauschbetrag anzugeben. Schließlich werden die **Pensionen der französischen Militärpersonen, welche jährlich vier Milliarden Franks erreichen, Deutschland zur Last fallen.**

Die Frankreich gegen einen neuen Angriff Deutschlands gewährten Sicherheiten, waren von neuem Gegenstand von Erörterungen des Rats der Vier, der eine rasche Erledigung der Angelegenheit wünscht und daher Sonntag nachmittag lange getagt hat. Der französische Standpunkt in dieser Hinsicht ist sehr einfach. In militärischer Hinsicht wird das **linke Rheinufer neutralisiert** werden und Deutschland wird nicht das Recht haben, dort Truppen und Festungswerk zu unterhalten; mit einem Wort, kein Mittel zu einem strategischen Vorgehen. In politischer Hinsicht bleibt die Souveränität Deutschlands unangetastet. **Diese Art einer militärischen Servitut ist zeitlich nicht begrenzt.** Die tatsächliche Besetzung der Rheinlinie wird, wie es scheint, ausschließlich durch französische Truppen gesichert werden, welche die Brückenköpfe und die Eisenbahnknotenpunkte besetzt halten werden. Schließlich ist **auf dem rechten Rheinufer die Bildung eines neuen, militärisch neutralen Abschnittes** in einer Breite von 50 Kilometer zu erwarten. Diese letzte Maßnahme ebenso wie die Besetzung der Rheinbrücken ist nur zeitweilig und wird nur 15 Jahre dauern. Sie wird in Kraft bleiben während der Ausführung der den Deutschen auferlegten finanziellen Verpflichtungen. Unsere Truppen werden staffelweise, entsprechend den geleisteten Zahlungen, zurückgezogen werden.

Der Vertrag wird noch die Möglichkeit geben, die Einschränkung der deutschen Rüstungen und die Begrenzung des Kriegsmaterials zu kontrollieren. Alles dieses wird nicht nur durch die Liga der Nationen, sondern durch die Bündnisse zwischen den großen Mächten gewährleistet werden. Mit einem Wort: der Eindruck ist durchaus günstig und es scheint, daß kaum noch Verzögerungen eintreten werden. Die Westgrenze Deutschlands und die Linienführung der Ostgrenzen ist geregelt, einschließlich der Danziger Frage, für welche die Entscheidung im Prinzip schon festgelegt ist. Die Frage der Entschädigungen ist in ihren Grundzügen schon gelöst. Die redaktionelle Fassung schreitet fort. In jeder Hinsicht hofft man, im Verlauf dieser Woche mit den Fragen, die Deutschland angehen, abzuschließen.

Spannung zwischen Regierung und Parlament in Paris.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 14. April.

Zwischen dem französischen Parlament und der Regierung gibt es seit einigen Tagen Reibungen, die plötzlich einen etwas akuten Charakter angenommen haben. Einige hundert Senatoren hatten dieser Tage außerhalb der Sitzungen einen Beschluß gefaßt, durch den die Regierung aufgefordert wurde, dem Parlament Aufklärung über die Arbeiten der Konferenz zu geben. Die Abgeordneten des Palais Bourbon unternahmen bald einen ähnlichen Schritt. Doch war es hier die Budgetkommission, die sich ganz offiziell an Clemenceau wandte. Auf diesen Schritt hat nun Clemenceau durch ein Schreiben geantwortet, das großes Aufsehen erregte. Der Ministerpräsident beruft sich auf seine konstitutionellen Rechte und sagt, daß er nichts über die Arbeiten der Konferenz mitteilen dürfte und werde und fügt hinzu, wenn die Kammer mit dem Ministerium nicht zufrieden sei, solle sie das Kabinett interpellieren und stürzen. Der Ton dieses Briefes, der offenbar im Zorn geschrieben ist, hat einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Die Wandelgänge waren erregt, und der „Matin" spricht von einem ernsten Zwischenfall. Doch wird es bei der Erregung bleiben. Im Ernst denkt niemand daran, dem Ministerium in diesem noch kritischen Augenblick Verlegenheiten zu bereiten. Die Gegner Clemenceaus, an deren Spitze Briand steht, ziehen das Abwarten vor, und das um so lieber, als es ein offenes Geheimnis ist, daß Clemenceau nach Abschluß des Friedens freiwillig gehen will. Die Budgetkommission hat beschlossen, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen und den Brief Clemenceaus der Presse nicht mitzuteilen. Clemenceau empfing übrigens gestern den Vorstand der radikalen Partei, dem er vermutlich einige Aufschlüsse gegeben hat. Das Schlimmste, was ihm passieren kann, ist die Konstituierung der Kammer als geheime Kommission, was der sozialistische Abgeordnete Lebey vorschlug. Die Reibung wird vermutlich schon deshalb schnell vorübergehen, weil die Nachrichten aus der Konferenz jetzt für die französischen Ohren wieder besser klingen.

Die Abreise der deutschen Friedensdelegation nach Versailles.

Nach Pariser Pressemeldungen, die als zutreffend gelten können, werden die Friedensverhandlungen mit der deutschen Delegation noch **vor Ablauf dieses Monats in Versailles beginnen.** Bei Lage der Dinge kann demnach damit gerechnet werden, daß die deutsche Delegation gegen Ende der nächsten Woche von Berlin abreist.

*

Graf Brockdorff-Rantzau ist Sonnabend abend aus Weimar hier eingetroffen, um persönlich die Leitung der abschließenden Vorarbeiten für die Friedensverhandlungen zu übernehmen.

Die Saargebietsfrage.

J. S. Wenn wir über die Stimmung in den Ententehauptstädten recht unterrichtet sind, so hält man dort jetzt den schon gefährdet gewesenen Abschluß des Vorfriedens wieder für mehr gesichert, weil sich der Viererrat über eines der schwierigsten Kapitel, die Saargebietsfrage, geeinigt habe. Es wird insbesondere hervorgehoben, daß Wilson, der in letzter Zeit so scharf gegen die französischen annexionistischen Pläne Stellung genommen, der gefundenen „Lösung" zugestimmt habe. Vom deutschen Standpunkte aus muß um keine Illusion aufkommen zu lassen, von vornherein erklärt werden, daß die gefundene Lösung für uns unannehmbar ist. Verharrt man bei ihr, so dürfte sie, von allen anderen Meinungsverschiedenheiten abgesehen, den deutschen Delegierten die Unterzeichnung des vorgelegten Friedensvertrages unmöglich machen. Was von Danzig gilt, gilt erst recht von dem Saargebiet. Es ist ein ganz und gar deutsches Land und es gibt gar keinen Rechtstitel, seine Herausgabe von uns zu verlangen.

Denn auf eine nur mäßig verschleierte Annexion läuft die Formel, auf die man sich jetzt geeinigt hat, hinaus. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Man hat hier ganz wie in der Frage der Kolonien, dem amerikanischen Präsidenten, der auf dem Grundsatz „Keine Annexionen!" bestand, durch das Kunststück einer vermittelnden Formel eine schlüpfrige Brücke gebaut, und Herr Wilson hat sich, sicher halb widerwillig, an der Hand der fromm zusammenhaltenden Partner Clemenceau und Lloyd George hinübergeleiten lassen. Aus jedem Wort der Bestimmungen, auf die man sich „aus Achtung vor Wilsons Grundsätzen" geeinigt hatte, spricht doch die sichere Erwartung Frankreichs, daß das Saargebiet ihm schließlich als voller nationaler Besitz sowohl in wirtschaftlicher als politischer Hinsicht zufallen werde. Es hat sich den Besitz der Saarkohlengruben auf immerwährende Zeit zusichern lassen und die Verwaltung des Landes soll 15 Jahre lang durch ein Fünfmännerdirektorium ausgeübt werden, das vom Völkerbunde ernannt werden soll. Nimmt jemand an, daß es in Frankreichs Absicht läge, nach Ablauf dieser Fünfzehn Jahre sich mit der wirtschaftlichen Servitut auf das wertvolle Gebiet zufrieden zu geben und es, je nach Ausfall der Volksabstimmung, dann bereitwillig dem Vorbesitzer zurückzuerstatten? So naiv ist niemand, auch im Kreise der Friedenskonferenz nicht, wo man sehr wohl weiß, wie man in diesen Besetzungsmonaten schon auf die Bevölkerung eingewirkt und warum man den Saarbrücker Bürgermeister davongejagt hat. Es ist ja in einer offiziösen Pariser Meldung bereits zugestanden worden, daß man sich auf die Konzession der Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren eingelassen hat, weil man annimmt, die paar hunderttausend Deutschen, die dort „allerdings" vorhanden seien, würden sich bis dahin assimiliert haben. Fünfzehn Jahre sind ein Zeitraum, in dem man sich von den Methoden, die man zur Unterstützung dieses Assimilationsprozesses bereit hat, sicher einigen Erfolg versprechen kann. Das Verlangen nach dem Besitz dieses Gebiets, das den Franzosen nur einmal anderthalb Jahrzehnte lang vor hundert Jahren gehört hat, und seit 1815 wie vor 1801 immer unverändert deutsches Land gewesen ist, ist wirklich nur sehr ungeschickt und gar nicht einmal schamhaft verhüllt.

Was hat Deutschland nun dieser Formel entgegenzuhalten? Es kann nur eine offene und ehrliche Politik treiben, indem es die französische Forderung nach der Verfügung über die Saarkohle, die als Vorwand für die ganze Operation zu dienen hat, rückhaltslos anerkennt, freilich nicht für „immerwährende Zeiten", aber für so lange, als die französische Industrie unter der Verwüstung und Ausschaltung der Bergwerke von Lens usw. zu leiden hat. Wir müssen uns also zu einer wirtschaftlichen Abmachung, die den Franzosen die Verwendung der Saarkohle für ihre Hüttenwerke in Lothringen in dem geforderten Maße gegen entsprechende Bezahlung oder Anrechnung sichert, bereit erklären. Das gehört zu unseren Verpflichtungen nach dem Grundsatz der „Wiedergutmachung", die wir angenommen haben. Von Fachleuten wird zwar in plausibler Weise versichert, daß es gar nicht die Saarkohle, sondern die Ruhrkohle sei die den Franzosen für ihre Zwecke unentbehrlich sei; die Ruhrkohle sei technisch und ökonomisch viel vorteilhafter. Aber es wäre doch wohl aussichtslos wenn wir uns auf solche fachmännische Einzelheiten verleiten wollten, wenn es gilt, unseren uneingeschränkten Willen zu jedem Opfer, das man gerechterweise von uns verlangen kann, zu bekunden. Aber warum es nötig sein sollte, diese Ausbeutung unseres Besitzes auf immerwährende Zeit den Franzosen zuzugestehen, das ist unter keinem Gesichtspunkt zu verstehen. Es wäre schon dies eine besondere Form der Annexion, die wirtschaftliche Annexion, die den Boden, wenn auch nicht die Menschen, einer fremden Souveränität ausliefert. Von der Anerkennung solcher Grundsätze steht nichts in dem Abkommen, auf das hin wir die Waffen niederlegten.

Wir haben keine Angst vor der Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren, vorausgesetzt, daß sie eine wirklich freie Volksabstimmung sein und ihr Resultat nicht durch eine vorherige künstliche Bevölkerungsbewegung beeinflußt würde. Das eingesessene Volk des Saargebiets ist wirklich gut deutsch, wie das ganze Land, der Charakter seiner Städte, seine Kunst und Sitte rein deutsch sind, wie nur irgend ein unseren Herzen teurer Fleck auf dem alten Kulturboden Rheindeutschlands. Aber wir haben eben darum gar keine Veranlassung.

Gegenaktionen der Münchener Spartacisten.

Besetzung des Hauptbahnhofs durch die Rote Garde.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

A. Bamberg, 14. April.

Die befürchtete Auflehnung der radikalen Elemente Münchens gegen die Wiederherstellung der alten Ordnung hat in dieser Nacht eingesetzt. **Spartacistische Teile der Münchener Garnison griffen den Hauptbahnhof an,** der von ihren regierungstreuen Kameraden zunächst noch gehalten wurde. Als die Spartacisten aber schwere Minenwerfer in Stellung brachten und den Bahnhof mit Minen belegten, **zog sich die Bahnhofsbesatzung zurück.** Der Hauptbahnhof ist gegenwärtig von den Roten Gardisten besetzt, die aus der Masse der Erwerbslosen und der radikalen Arbeiterschaft starken Zustrom erhalten.

*

Die Telegraphen-Kompagnie meldet noch aus München: Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten ist die Kommunistenherrschaft in München keineswegs niedergeworfen. **In den Straßen der bayerischen Hauptstadt toben heftige Kämpfe zwischen den regierungstreuen Truppen und den Roten Garden.** Der Hauptbahnhof, die Post, das Haupttelegraphenamt sowie verschiedene andere öffentliche Gebäude befinden sich in den Händen der Kommunisten. Ministerpräsident Hoffmann hat einen Aufruf an das bayerische Volk gerichtet, in dem er die Bevölkerung auffordert, zum Schutze der rechtmäßigen Regierung die Waffen zu ergreifen. Die Lage wird als sehr gefährlich angesehen.

München, 14. April. (W. T. B.)

Die Münchener Garnison hat gestern in den ersten Morgenstunden eine Proklamation in München angeschlagen, in der es heißt: „Die gesamte Garnison Münchens in Verbindung mit den um das Wohl und Wehe des Proletariats besorgten Volksgenossen hat heute nacht den Zentralrat für abgesetzt erklärt. Heute werden die A.- und S.-Räte zwecks Stellungnahme zur alten sozialistischen Regierung versammelt. Arbeiter und Soldaten! Ehrgeizige, landfremde Agitatoren, die nur ihre eigennützige Politik verfolgten, haben unter Vorspiegelung der vollzogenen Einigung des Proletariats ihre selbstsüchtigen Zwecke verfolgt. Leuten wie Lipp und Wagner hat man euer Geschick anvertraut. Lipp hatte Eisner denunziert, Wagner die belgischen Arbeiter verraten. Heute steht München, abgeschnitten vom Lande, allein da. Es gilt unsere Rettung. Daher unterstützt die gesetzmäßige Regierung, die Ruhe schafft, Arbeit und Brot. Lebensmittelzüge stehen für München bereit. Sichert euch vor der Reaktion, indem ihr die sozialistische Regierung unterstützt."

uns eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit dieses Landstrichs zu unserer Volksgemeinschaft aufnötigen zu lassen. Das Interesse der französischen Kapitalisten ist kein Argument für uns, ebenso wie es verwerflich war, daß deutsches Kapitalinteresse zu ähnlichen Forderungen führte.

Die Ententeregierungen spielen ein törichtes Spiel, wenn sie das Risiko eines Scheiterns des Friedenswerkes, gerade auf die Einwirkung solcher Faktoren hin, auf sich nehmen wollen. Die Forderung nach dem Saargebiet ist für die Franzosen keine „ideale Forderung", sondern ein einfaches Begehren nach des Nächsten Gut. In Deutschland aber sind alle Parteien und alle Richtungen in dem Verlangen nach der Abwehr solcher Forderungen, die an unser nationales Wesen und unser Herz greifen, einig. Die Regierung kann gar nichts anderes als mit einem vorbehaltlosen „Nein!" darauf antworten.

* * *

Der Standpunkt der deutschen Reichsregierung.

Berlin, 14. April. (T. K.)

Wie die „Telegraphenkompagnie" von zuständiger Seite erfährt, hält die deutsche Reichsregierung an dem Standpunkt fest, daß sie sich auf der Friedenskonferenz auf keinerlei Diskussionen über die künftige Staatszugehörigkeit des Saargebietes einlassen wird. Falls die Entente den Vorschlag machen sollte, das Saargebiet auf dem Wege einer allgemeinen Volksabstimmung aus dem Körper des Deutschen Reiches herauszureißen, wird die deutsche Friedensdelegation dieses Ansinnen mit Entschiedenheit ablehnen, da keinerlei Voraussetzungen historischer und rechtlicher Art für eine derartige Lösung der Saarbeckenfrage bestehen.

Wie Graf Brockdorff-Rantzau die Kommunisten in München ans Ruder brachte.

Verleumdungskampagne des „Times"-Korrespondenten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **Basel**, 14. April.

Ungemein plumpe und dreiste Verleumdungen gegen den Grafen Brockdorff-Rantzau verbreitet der Berliner Korrespondent der „Times", der seinem Blatte unter dem 9. April das Folgende telegraphiert: „Ein zuverlässiger Gewährsmann hat mir die nachstehenden Einzelheiten über die Intrigen der deutschen Regierung gegeben. An erster Stelle ist der Inhalt der Rede zu nennen, die Graf Brockdorff-Rantzau vor dem Geheimkomitee der Nationalversammlung gehalten hat und in der er unter anderem erklärte: „Die Drohung mit dem Bolschewismus ist eine gute Waffe für uns, die wir gegen die Alliierten benützen können, und wir werden nicht aufhören, sie anzuwenden, weil sie nicht gefährlich für Deutschland ist. Wir dürfen den Bolschewismus von heute nicht mit demjenigen von vor zwei Jahren vergleichen. Mit dem heutigen Bolschewismus können wir verhandeln. Wir werden den Bolschewismus bei allen unseren Feinden einführen können, ausgenommen, fürchte ich, in Frankreich." Der Korrespondent bemerkt weiter, daß auch der Bolschewismus in Bayern das Werk Brockdorff-Rantzau sei (!), der dorthin eine große Anzahl seiner besten Agents provocateurs entsendet habe. (Der Korrespondent der „Times" ist ein ungewöhnlich dummer Verleumder. D. Red.) Der Zweck dieser Uebung sei in erster Linie der gewesen, die Entente zu erschrecken. Nebenbei habe man die Warenausfuhr aus Rußland erleichtern wollen. Dreißig russische Bolschewisten, so erzählt der Korrespondent weiter, kamen in Berlin an, wo sie die Instruktionen der Spitzel und Spione Rantzaus und Scheidemann erhielten. (!!) Zwischen den polnischen Bolschewisten finde ebenfalls ein fortwährender Personen- und Geldverkehr statt. Das hindere aber Brockdorff-Rantzau nicht, gleichzeitig freundschaftliche Beziehungen zu den russischen Monarchisten zu unterhalten. Man sage sogar, daß seine Pläne auf Sibirien gerichtet seien. Rantzau und Scheidemann beschäftigten sich gegenwärtig damit, Kommissionen zur Untersuchung der Gefangenenbehandlung in Frankreich und England einzusetzen. Der Preis für einzelne Zeugen sei zehn Mark. Die preußische Regierung beschäftige sich übrigens auch damit, in Kinos Vorstellungen zu arrangieren, in denen „angebliche Grausamkeiten der Alliierten" gezeigt werden sollen. In Schauspielen werden deutsche, französische und britische Uniformen angezogen und werden Szenen aufgeführt, um von den „Alliierten verübte Grausamkeiten" darzustellen. Die Erfindungen des „Times"-Korrespondenten werden natürlich auch von der französischen Presse übernommen.

*

Es ist ja sehr begreiflich, daß Graf Brockdorff-Rantzau bei chauvinistischen Ententeblättern wie der „Times" nicht besonders beliebt ist. Er hat immer wieder erklärt, daß er nur einen Wilson-Frieden unterschreiben werde, und diejenigen Ententejournalisten, die schon vor dem Juli 1914 so viel an der Herbeiführung der Kriegsstimmung und der Verhetzung der Völker mitgewirkt haben, finden, daß ein „Wilson-Frieden" ihre Bemühungen nicht genug belohne. Früher indessen stand die „Times" doch in dem Rufe, nicht ganz töricht zu sein, und wenn bei uns die Leute von „Times"-Korrespondenten sprachen, so taten sie das mit einem nicht immer auf Sachkenntnis beruhenden Respekt. Jetzt scheint die „Times" einen Mann hierher geschickt zu haben, der entweder ein gewöhnlicher Schwindler ist oder ins Irrenhaus gehört. Sollten seine Berichte in London Gläubige finden — in Paris wird ja ziemlich alles geglaubt — so würde das ein sehr bedenkliches Zeichen für England sein.

Die „Parlamentarisierung" der Gesandtschaftsposten.

Eine unglaubliche Kunde.

Die aus Weimar kommende Meldung, daß jeder der drei Mehrheitsparteien — den Demokraten, der Sozialdemokratie und dem Zentrum — ein Gesandtschaftsposten im Auslande überlassen werden soll, erscheint unglaublich, ist aber leider keineswegs unglaubwürdig. Die Parteien wollen sich angeblich so in die Beute teilen, daß die Demokraten den Gesandten für Stockholm, die Sozialdemokraten den für Kristiania stellen, während dem Zentrum der Posten im Haag zuerkannt wird. Sollte man wirklich beabsichtigen, diese Methode zur Verbesserung unserer Diplomatie einzuführen, so werden wir dagegen den allerschärfsten Protest erheben. Wir sind für das parlamentarische System eingetreten, als die meisten der Herren, die heute in Weimar den „neuen Geist" verkörpern, davon nichts wußten und nichts wissen wollten. Heute scheint es uns nötig zu sein, darauf zu dringen, daß der Parlamentarismus nicht diskreditiert werde, und das ist um so nötiger, da die Radikalen ohnehin die Ansicht verbreiteten, daß er sich überlebt habe und durch etwas anderes, durch das Rätesystem, ersetzt werden müsse. Eine Neugestaltung des diplomatischen Dienstes ist zweifellos sehr notwendig und die Voraussetzung dafür ist nur, daß nicht immerhin geeignetere Personen entfernt werden, um weniger geeigneten Platz zu machen, und daß aus der ganzen Umwandlung sich ein Zuwachs an diplomatischem Talent und Sachkenntnis ergibt. Soviel man bemerken konnte, waren im Reichstag große Kenner der Auslandspolitik und Männer mit der Gabe des Vorausschauens nur sehr spärlich vorhanden, die auswärtige Politik des Reichstags war dementsprechend, und ob in der Nationalversammlung sehr viel diplomatische Kapazitäten vorhanden sind, steht noch nicht fest. Aber selbst wenn die Nationalversammlung solche Persönlichkeiten in Fülle besitzen sollte, täte sie doch gut, den Eindruck zu vermeiden, als solle der eben erst geschaffene Parlamentarismus benutzt werden, um den Mitgliedern der regierenden Parteien gute Posten zu verschaffen. Die Mehrheitsparteien besetzen bereits sämtliche Minister- und fast alle Unterstaatssekretärposten, und damit kann man sich abfinden. Sie sollten sich aber auch damit abfinden und vor allem die Gesandtenposten einzig nach dem, anderswo selbstverständlichen, Grundsatz vergeben lassen, daß diplomatisch gewandte, in der auswärtigen Politik erfahrene, auslandskundige Personen auf solche Posten gehören. In England, wo das Parlament bekanntlich auch sehr einflußreich ist, wird fast niemals ein Parlamentarier zum Botschafter oder Gesandten gemacht. Sogar in Frankreich ist fast keiner der Diplomaten, die unter der Republik im Amte waren, aus der Deputiertenkammer hervorgegangen und wenn einmal ein Deputierter, wie der Kammerpräsident Deschanel, den Versuch machte, einen Botschafterposten zu erhalten, wurde das unfreundlich kritisiert und der Wunsch blieb unerfüllt. Allerdings ist Delcassé einige Monate lang Botschafter in Petersburg gewesen. Aber er war vorher Minister des Aeußern und hatte immerhin eine andere Erfahrung, als ein Abgeordneter in Weimar sie haben kann. Die Mehrheitsparteien werden hoffentlich einsehen, daß es weder im Interesse der deutschen Auslandspolitik, noch im Interesse des Parlamentarismus liegt, den angeblich bestehenden Plan auszuführen. Die Auslandspolitik darf nicht mit „parlamentarischen Rücksichten" und Parteiansprüchen vermischt werden, und das Parlament darf kein Vorzimmer sein, wo Abgeordnete auf ein Amt warten, das ihnen durch die Protektion ihrer Parteien verschafft werden soll.

Die Wahlniederlage der englischen Regierung in Hull.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 14. April.

Die Niederlage der englischen Regierung in Hull wird in der gesamten englischen Presse, wie „Handelsblad" mitteilt, durch die allgemeine Unzufriedenheit des Landes, besonders mit der Verzögerung des Friedens erklärt. Der Wahlsieg der Regierung im Dezember ist hohl. Die Dezembermehrheit der Regierungspartei in Hull, die dem allerdings sehr populären Sir Mark Sykes einen Vorsprung von elftausend Stimmen gab, ist nun zu einer Minderheit zusammengeschrumpft, die hinter den Stimmen des gewählten Liberalen Captain Kenworthy um tausend Stimmen zurückbleibt. In Hull ist noch niemals ein liberaler Abgeordneter gewählt worden. Es ist bezeichnend, daß Captain Kenworthy, der ein unabhängiger Liberaler ist, kräftig durch den „Daily Herald", die erste große Arbeiterzeitung in England, die kürzlich gegründet worden ist, unterstützt wurde. Kenworthy sagte in ihr, daß das Volk nicht zulassen werde, daß die Dienstpflicht zu wilden Expeditionen über ganz Europa mißbraucht werde, und auch, daß Hull entrüstet über die Weise sei, wie sein Handel durch die Blockade ruiniert werde. Er sagte in seiner Dankesrede an die Wähler: „Dieser Erfolg bedeutet, daß die Demokratie in England marschiert, ebensogut wie in anderen Ländern Europas. Das Volk will bessere soziale Verhältnisse und will sich nicht durch Leute, die Kriegsgewinne durch Kriegsmaterial gemacht haben und außerdem durch Brauer, Großgrundbesitzer und Reaktionäre mißbrauchen lassen, die im Dezember wieder an den Honigtopf gekommen sind, und zwar unter falschen Vorspiegelungen und durch Verherrlichung des Namens Lloyd Georges. Bei den Wahlen habe ich die Wahl gegen das Koalitionssystem gewonnen und gegen die übertriebene Ausnutzung des Namens Lloyd Georges." Das Wahlresultat wurde auf dem Bankett bekannt, das die unabhängigen Liberalen Asquith gelegentlich seiner Rückkehr vom Festland gaben. Asquith sprach sich bei dieser Gelegenheit für die Wiedervereinigung des ganzen Liberalismus und dagegen aus, daß man aus den Wandelgängen des Parlaments den britischen Friedensdelegierten in Paris in den Rücken falle; das sei eine neue Mode in England. Asquith war äußerst scharf gegen die Regierung wegen ihrer Irenpolitik und wegen der „Schiebereien, die sie mit ihren Versprechen, die Dienstpflicht nach dem Frieden fallen zu lassen, vornehme".

Kämpfe zwischen Bauern und Spartacisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Nürnberg**, 14. April.

In Kallmünz traf am Sonntag nachmittag ein Auto mit Spartacisten, meistens jungen Leuten aus Leonberg und Lengefeld, ein, die das Gefängnis mit Gewalt zu stürmen versuchten. Es kam mit den Einwohnern, die sich zur Wehr setzten, zu einer Schießerei, auf der beiderseits je ein Toter zu verzeichnen war, darunter der Tierarzt des Ortes, Pröffel. Die Spartacisten, etwa 25 bis 30 Mann, hatten mehrere Verwundete. Die ganze Gegend steht in hellem Aufruhr. **Die Bauern rotteten sich zusammen und drohten, Lengefeld dem Erdboden gleich zu machen.**

Randbemerkung zu einem „Protest".

Von [Nachdruck verboten.]

Alfred Polgar (Wien).

Felix Weingartner erhebt in einer Wiener Tageszeitung „Protest". Protest gegen die Mitteilung einer anderen Wiener Tageszeitung, der zufolge das Gerücht gehe, es werde, wie in gewissen Kreisen verlautet, in Berlin die Möglichkeit erwogen, ob man sich nicht vielleicht mit der Erwägung des Gedankens beschäftigen könne, den notleidenden Wiener Exhoftheatern zu Hilfe zu kommen.

Von solchem Schatten einer Spur einer fragwürdigen Möglichkeit ward Herrn Weingartners österreichisches Gemüt verfinstert. Schmerzbetäubt tastete er zur Feder, der ein Protest gegen „die Einmischung Berlins in unsere Staatstheaterangelegenheiten" entlief.

In diesem Protest war unter anderem zu lesen:

„Unermeßliches Leid ist Oesterreich widerfahren. Fragen wir nicht, durch wen. — Eins aber bleibt ihm noch und muß ihm bleiben, soll es nicht ganz zugrunde gehen, und das ist seine spezifisch österreichische Kunst, die nirgends so herrlich blühte und wieder erblühen kann wie nur in unserem Wien. Hier wollen wir keine Einmischungen! Auf unserem eigenen Boden wollen wir bauen, mit eigenen Kräften, und an unseren Früchten, die keiner so pflegen kann wie wir, soll und wird sich die Welt erfreuen. Wir haben ein Recht darauf von der Vergangenheit, durch die Gegenwart und für die Zukunft.

Raffen wir uns auf, wir alle, die fühlen, was auf dem Spiele steht! Keine Müdigkeit, kein Zögern! Erhalten wir uns unsere Burg, unsere Oper, sei es aus staatlichen, sei es aus privaten Mitteln, am besten wohl durch eine Vereinigung von beiden; aber tun wir es aus eigener Kraft! — Hand weg, ihr alle von draußen, wer ihr auch seid, von unserer österreichischen Kunst und von den Instituten, wo sie vor allem zu Hause sein soll, von unseren beiden Nationaltheatern!"

Zur gerechten Würdigung dieser leidenschaftlichen Abwehr eines, wie ein Gerücht von einem Gerede wissen will, vielleicht geplanten Hilfsattentates auf unsere beiden Gipfelpunkte der theatralischen Kunst wäre anzumerken:

Die Hilfe sollte doch wohl eine materielle sein, eine Geldhilfe. Wieso nun reichsdeutsches Geld das spezifisch Oesterreichische der Wiener Kunst bedrohen sollte, verstehe ich nicht recht. Färbt die Valuta auf den Geist ab? Ist das Festspielhaus in Bayreuth durch den englisch-französisch-amerikanischen Geldstrom, der den Boden, auf dem es steht, nährend berieselte, entdeutscht worden? Als der Markusturm zusammenkrachte, haben die Kultursnobs aller Länder Geld für den neuen Markusturm geschickt: seine neue Monstrosität ist hierdurch nicht weniger italienisch ausgefallen.

Wir nehmen Kohle und Brot, Nahrung und Kleidung, Hilfe und Unterstützung von wo immer sie uns wird — aber in Sachen der Kunst? „Haben wir es auch hier, auf unserem ureigensten Gebiet" — ruft der patriotische Kapellmeister aus — „notwendig, daß man uns von draußen unter die Arme greift?" Nein, wir müssen uns einen solchen, ein paar hundert Kilometer langen Griff nicht gefallen lassen.

Wie Weingartner sagt: „erhalten wir uns unsere Burg, unsere Oper, aber tun wir es aus eigener Kraft. — Hände weg, ihr alle von draußen, wer ihr auch seid, von unserer österreichischen Kunst!"

Die eigene Kraft, die das Burgtheater groß gemacht hat, war das Produkt von ein paar außerordentlichen darstellerischen Kräften. „Die spezifisch österreichische Kunst, die nirgends so herrlich blühte" wie in unserem Wiener Burgtheater, danken wir — um nur ein paar signifikante Namen aus dem Gedächtnis anzuführen — dem Mecklenburger Paar der Gabillons, den Budapestern Robert und Sonnenthal, dem Posener Baumeister, dem Mannheimer Krastel, den Sachsen Mitterwurzer, Schöne, Thimig, dem Königsberger Meixner, der Kölnerin Wolter, dem Hamburger Hartmann und seiner süßen Frau Helene aus Mannheim usw. Die spezifisch österreichische Kunst, wie sie heute noch im Burgtheater gepflegt wird, steht unter Führung des Braunschweigers Heine, ihre Stützen sind der Berliner Walden, der Stuttgarter Treßler, der Amerikaner Korff, die Berlinerin Witt, die Sächsin Marberg, ihr Doyen der Altonaer Reimers, ihre ehrwürdigste, vom Glanz versunkener Burgtheater Herrlichkeit mild und warm umleutete Erscheinung, die Leipzigerin Wilbrandt-Baudius.

Herr Höbling allerdings ist, glaube ich, ein Wiener: und Herr Millenkowitsch war unleugbar etwas spezifisch Oesterreichisches.

Das spezifisch Oesterreichische des Burgtheaters, das Weingartner von Berliner Gunst gefährdet erachtet, dokumentiert sich überdies in folgendem:

Erstens darin, daß das Burgtheater in Wien steht.

Zweitens darin, daß die Burgtheater-Diener, insbesondere seit die Tschechen ihre Leute abgezogen haben, fast durchweg wienerischen Dialekt sprechen.

Drittens endlich darin, daß das Burgtheater ein unentbehrliches Objekt für jene, allerdings spezifisch österreichische Kunst- und Kulturgeschaftelhuberei ist, als deren repräsentatives Beispiel der Protest des Herrn Weingartner gelten kann.

Bei der Oper liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Spezifisch österreichisch ist zum Beispiel die Kunst, mit der man jetzt dort die Defensive gegen eine dem Institut zugemutete Persönlichkeit wie Richard Strauß organisiert.

Felix Weingartner ist ein vorzüglicher Dirigent, besonders für romantische Musik, aber wenn er zur Feder greift, übernimmt er sich im Tempo. Das widerfuhr ihm, als er jene berüchtigte deutsche Professoren-Erklärung über Belgien mit unterschrieb, die gleich zu Beginn des Krieges dessen moralischen Verlust bedeutete. Es widerfuhr ihm ein paar Jahre später, als er seinem Erstaunen feuilletonistischen Ausdruck lieh, daß die große Zeit noch keine „Eroica" geboren habe. Und es widerfährt ihm jetzt, da er das Auge in holdem österreichischen Wahnsinn rollend, einen vaterländischen Kunstbesitz verteidigt, den niemand angegriffen hat, der niemals vaterländisch war, und überhaupt nur noch im luftigen Aggregatzustand einer „Tradition" vorhanden ist.

H. F. Im Theater in der Friedrichstadt sah man vorgestern vier neue Einakter — das ist etwas reichlich für einen Theaterabend. Indessen, Einakter sind augenblicklich sehr beliebt, sie genießen sich so bequem wie ein hübsches, leichtes Menü, und man ist so nervös und möchte sich nicht immer mit einer kompakten Mahlzeit befassen, die einem hinterher womöglich schwer im Magen liegt. In diesem Theaterchen also, in dem man so munter und begabt spielt, obwohl es noch mehr in der Linien- als in der Friedrichstraße liegt, und der Geist einer bewegten Vergangenheit sichtbar durch die Räume schwebt, gab man viererlei: eine Harmlosigkeit, eine saftige Zote und zwei andere Bettgeschichten. Detektivs, Verbrecher, Kokotten, eifersüchtige Frauen, tugendhafte Jünglinge, gehörnte Ehemänner und verliebte Mädelchen tanzen Foxtrott. Sie taten es mit und ohne Feigenblatt, je nachdem, und man stellte mit Genugtuung fest, daß jenes Residenztheater von einst doch eigentlich eine sehr schamvolle Einrichtung war. Titel der Stücke: „Der Anschlag" von Wilhelm Rhil, „Die Dame ohne Beruf" von Ludwig Hirschfeld, „Die G'schamige" von August Neidhard, „Haupttreffer Nr. 33" von W. Ascher. Aus der langen Liste der Mitwirkenden seien Gustav Heppner, Paul Conradi, Lotte Schönfeld, Hilde Engell, Erna Bastin, Richard Georg, Kurt Mikulski, Ernst Laskowski hervorgehoben.

Der Beifall des Publikums war groß und, soweit er der Darstellung galt, berechtigt.

Theaterchronik. Im Lessing-Theater ist die Erstaufführung von Anton Wildgans' Tragödie „Dies irae" (Tag des Zornes) auf Sonnabend festgesetzt worden.

In der Erstaufführung von Kleists „Penthesilea", die am nächsten Donnerstag in der Volksbühne stattfindet, sind in den Hauptrollen beschäftigt: Mary Dietrich, Johanna Hofer, Margarete Hannen, Hertha Wolff, Adele Sandrock, Ernst Stahl-Nachbaur, Rudolf Lettinger, Eduard Rothauser und Max Hochstetter. Regie: Dr. Paul Legband. Bühnenbilder: Karl Jakob Hirsch.

Im Deutschen Opernhaus wird am Donnerstag, 17. April, „Eugen Onegin" mit Kammersängerin Eva v. d. Osten als Tatjana und Kammersänger Friedrich Plaschke als Eugen Onegin zur Aufführung gelangen. — Mit der Kammersängerin Bertha Morena vom Münchener Nationaltheater ist ein zweimaliges Gastspiel vereinbart worden. Am Sonntag singt sie die Kundry in „Parsifal" und am Dienstag die Leonore in „Fidelio".

Morgen, Dienstag, werden die „Kammersingspiele" (Einakterbühne), Kurfürstenstraße 116, mit den beiden Einaktern „Die Heilmethode" von Bogumil Zepler und die „Verwandelte Katze" von Offenbach eröffnet. Mitwirkende sind Adelheide Pickert und Gustav Werner vom Deutschen Opernhaus als Gäste, Grete Parbs und Eugen Brieger. Regie Dr. Martin Zickel, musikalische Leitung Erich Hollaender.

Der Rätekongreß und die Sozialisierung

Die siebente Tagung. — Ein Antrag Kautskys.

Berlin, 14. April.

Die heutige siebente Sitzung des Rätekongresses, die verabredetermaßen den Schluß bringen soll, begann statt um 10 Uhr erst gegen 11 Uhr. Die Fraktionen hatten bereits seit 8 Uhr früh Beratungen, um zu den **Neuwahlen zum Zentralrat,** der bekanntlich jetzt aus Mitgliedern der Mehrheitssozialisten besteht, Stellung zu nehmen. Auf dem ersten Rätekongreß haben die Unabhängigen auf ihre Beteiligung am Zentralrat verzichtet, eine Taktik, die auf dem Parteitage der U. S. P. von der Parteileitung als ein schwerer politischer Fehler bezeichnet worden ist.

Zur Erledigung steht heute außer einer Anzahl von Anträgen und der Neuwahl des Zentralrats als einziger Punkt die Stellungnahme zur Sozialisierung. Berichterstatter ist der auf dem rechten Flügel der Unabhängigen stehende Marxist Karl Kautsky. Eingegangen ist von den Führern der Fraktionen Flägel für die Demokraten, Haußschild für die Mehrheitssozialisten und Dr. Rosenfeld für die Unabhängigen folgender Antrag:

„Der Rätekongreß wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, schleunigst das Aktenmaterial über

die Vorgeschichte des Krieges

zu veröffentlichen."

Dem Kongreß wird ein längerer **Antrag Kautsky** unterbreitet, in dem es heißt:

„Angesichts des ökonomischen Zusammenbruches lassen sich erhöhte Löhne und niedrige Preise unter keinerlei Produktionsweise allgemein realisieren. Umso wichtiger wird es, durch die Sozialisierung wenigstens die Verkürzung der Arbeitszeiten, die Sicherheit der Existenz und die freie Teilnahme der Arbeiter an der Produktion durchzusetzen. Die Sozialisierung bedeutet nicht bloß Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, sondern auch eine Neuorganisation des Wirtschaftslebens. Diese läßt sich nicht unterschiedslos für alle Arbeitsweige und nicht für alle Vorbereitungen durchführen. Sie kann nur schrittweise vorgehen und braucht Jahre zu ihrer völligen Ausgestaltung. Aber umso dringender notwendig ist es, daß sie von einer Regierung in die Hand genommen wird, die entschlossen ist, die Sozialisierung auf das energischste zu fördern, und die sich dabei durch die Widerstände der alten Mächte, der Kapitalisten, Agrarier und Bureaukraten in keiner Weise beirren läßt. Die heutige Regierung zeigt diese Entschlossenheit nicht. Sie hat bereits zu viel kostbare Zeit verstreichen lassen, ohne mehr als leere Versprechungen zustage zu fördern. Nicht ein bürgerlich-proletarisches Koalitionsministerium, sondern eine rein sozialistische Regierung, gestützt auf die Geschlossenheit des deutschen Proletariats, vermöchte dem Sozialisierungsprozeß jenen Schwung zu verleihen, der den Arbeitern Interesse an der Arbeit einflößt, den Streiks und Unruhen ein Ende macht und die Atmosphäre der Arbeitsfreudigkeit schafft, in der allein das deutsche Volk von der galoppierenden Schwindsucht genesen kann, in die es der fluchwürdige Krieg gestürzt hat."

An Stelle des vorgesehenen Berichterstatters

Kautsky, der krank daniederliegt, trug dessen Gattin das Referat vor:

Die Sozialisierung ist nur zu verstehen, wenn man auch den Kapitalismus versteht. Sozialisierung bedeutet Aufhebung des Kapitalismus und Hebung der Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen Grundlage. Diese Grundlage darf aber vom Proletariat nicht zerstört werden. Das Wesen des Kapitalismus besteht in der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln. Der Profit ist die Triebfeder der kapitalistischen Produktion. Der Profit ist um so größer, je größer die Zahl der Arbeiter, je geringer der Lohn, je länger die Arbeitszeit und je technisch vollkommener der Betrieb ist. Daher auch der Drang der Unternehmer nach beständigem Fortschreiten der technischen Hilfsmittel. Dieser Drang fördert zwar auch die Produktion, nimmt aber unter dem kapitalistischen System immer mehr die Form eines Kampfes der Maschinen gegen die Arbeiter an. Daher auf Schritt und Tritt der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter, der noch verstärkt wird durch die Abhängigkeit des Arbeiters von den Launen des Unternehmers, durch die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters. Gegen alle diese Uebel des Kapitalismus empört sich das Proletariat. Aus diesen Uebeln heraus wächst das Bedürfnis zur Sozialisierung. Der Kapitalismus erzeugt nicht nur das Bedürfnis nach Sozialisierung, sondern er schafft auch die Träger der Sozialisierung, die Möglichkeiten der Sozialisierung. Sozialisierung ist aber nicht unter allen Umständen möglich. Das sollte für jeden Marxisten Binsenwahrheit sein.

Das Referat erläutert dann die einzelnen Formen, die die Sozialisierung mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Wirtschaft genommen hat. Die erste Form waren die Produktionsgenossenschaften, die zwar auch Vorteile brachten, aber im allgemeinen nicht geeignet waren, den Kapitalismus zu überwinden. Die zweite Form, die Aktiengesellschaften, ist ihrem Wesen nach besonders zur Verstaatlichung geeignet. Bei allen Vorteilen, die eine Verstaatlichung solcher Betriebe mit sich bringen kann, birgt sie auch schwere Nachteile in sich, weil dadurch ein verknöcherter Bureaukratismus Platz greift. Die Arbeiter aber wollen nicht lediglich eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, sie wollen auch mitbestimmend auf den Gang der Produktion einwirken. Die englischen Arbeiter hätten so lange Zeit dem Sozialismus widerstrebt, weil sie in ihm nur den bloßen Staatssozialismus sehen.

Ebenso trieb der Arbeitsdrang in Frankreich viele Arbeiter den Anarchisten zu. Die Expropriation aller wäre sehr einfach, führt aber nicht zum Sozialismus. Dieser bedingt vielmehr die Organisation der Produktion und des Absatzes durch die Arbeiter und Konsumenten auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis. Die drei Faktoren Wissenschaft, Arbeit und Produktion haben immer neue Organisationen zu schaffen. Wollte man einer Gruppe die Aufgabe allein überlassen, so würde das nicht zur Förderung der Produktion führen, sondern es bestände die Gefahr einer Herabsetzung derselben durch Lohnerhöhungen und Minderung der Arbeitszeit.

Die

russische Methode,

„erst wag's, dann wäg's", hat die Notlage des russischen Proletariats nur gesteigert und enormes Lehrgeld gekostet. Die russischen Genossen selber mahnen, von ihren Fehlern zu lernen. Wir müßten in der Tat unfehlbar verhungern, wenn wir nicht bald die ganze Produktion wieder in Gang bringen, nicht bloß die sozialistische, sondern womöglich auch die kapitalistische. **Sofortige Sozialisierung ist ebenso ein Schlagwort wie das andere, jede kapitalistische Produktion unmöglich zu machen.** Sehr populär ist die Methode, durch unmäßige Arbeiterforderungen den Absatz unmöglich zu machen, das heißt aber, Mittel der Bereicherung in Mittel der Verarmung der Gesellschaft zu verwandeln und ist nicht Sozialisierung der Produktion, sondern Sozialisierung des Bankrotts. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen freilich nicht jeden praktischen Schritt vor lauter Ueberlegung unterlassen. (Zustimmung.) Die Arbeiter werden auch für das Kapital wieder arbeiten, wenn sie merken, daß es sich nur um ein notwendiges Uebergangsstadium handelt, aber nicht um Wiederaufrichtung der kapitalistischen Herrschaft. Die Arbeiter müssen den energischen Willen zur Sozialisierung sehen. Wenn ihnen aber die Haltung der Regierung Mißtrauen einflößt, so werden sie von sich aus planlos überall die kapitalistische Produktion unmöglich machen. Das hieße aber **vollständiger ökonomischer Ruin.** Das ist nur zu vermeiden, wenn die Regierung in der Sozialisierung selbst die Führung übernimmt, Die heutige Regierung genießt aber in dieser Richtung kein Vertrauen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie gefällt sich nur in der Rolle des Warners vor Experimenten. Gewiß, Experimente können heute gefährlich sein, aber aus diesem Zusammenbruch kommen wir nicht, ohne neue Bahnen zu beschreiten. Das gefährlichste Experiment ist jedenfalls die Rückkehr zum alten Kapitalismus. Kautsky verlangt ein zentrales Sozialisierungsamt, bestehend aus Praktikern und Theoretikern, und schließt mit folgender Mahnung: Wir wären schlechte Marxisten, wenn wir die Bedeutung einzelner Personen überschätzten. Die Wurzel alles Uebels ist vielmehr die Spaltung des Proletariats. Die allein ist schuld, daß die Regierung in die Abhängigkeit alter Gewalten geraten ist. Wäre diese Spaltung nicht da, so wäre die Regierung einheitlich, und kein Noske und kein Heine wäre möglich. (Beifall.) Durch Zureden ist die Einigung nicht zu erreichen, nur durch gemeinsamen Kampf und Arbeit, am meisten unter dem Banner der Sozialisierung. Gelingt die Einigung nicht, so wird die Logik der Dinge über die Logik der Menschen siegen. Gelingt die Einigung unter dem Banner der Sozialisierung, so ist die Revolution gerettet, und keine Gegenrevolution kann das Proletariat wieder auseinanderbringen. Marx sagte: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! — wir müssen hinzufügen: Proletarier Deutschlands, einigt euch! (Stürmischer Beifall.)

Kalisti: Die Organisation des Aufbaues der Produktion ist der wesentlichste Bestandteil der Sozialisierung. Die Resolution Kautskys und seine Ausführungen bieten den Gegnern weiteste Angriffsflächen. Die Grundlage des Wirtschaftslebens ist die Produktion. Wenn dagegen der Einwand erhoben wird, daß der Arbeiter zugleich auch Konsument ist, so ist dies wohl richtig. Aber der Arbeiter, der schafft, bildet die Grundlage alles wirtschaftlichen Lebens. Der Produzent ist also wirtschaftlich und ethisch gesehen, der Träger unseres ganzen Volkslebens.

Eine deutsche Uraufführung in der Schweiz. Im Berner Stadttheater wurde des Deutschen Max Beer Drama „Erlöser" zum erstenmal aufgeführt. Das vieraktige Stück ist eine in starken, wirkungsvollen Linien gezeichnete Familientragödie. Ein älteres Ehepaar lebt in jahrelangem inneren Unfrieden und erwartet die Erlösung von dem Sohne, der in Italien ein großer Maler geworden ist. Der Erwartete kommt, aber er ist anders, als die Unglücklichen sich ihn erhofften, er gehört einer anderen Welt an. Die Alten verfluchen den Sohn, und mit der resignierten Erkenntnis, daß es eine Erlösung nicht gibt, endet die düstere Handlung. Namentlich die drei ersten Akte haben große überraschende Gebilde, die mit erstaunlich bühnensicherer Hand heraufbeschworen und gemeistert werden. Das Stück, das wohl bald auf deutsche Bühnen kommen wird, hat auf das Schweizer Publikum einen starken Eindruck gemacht.

Julius Hart schreibt uns: „Zu meinem 60. Geburtstage sind mir so zahlreiche Glückwünsche, Briefe und Telegramme zugegangen, daß ich sie leider nicht persönlich beantworten und nur auf diesem öffentlichen Wege meinen innigsten und herzlichsten Dank aussprechen kann."

Reformen im dermatologischen Universitätsunterricht. Nachdem vor einiger Zeit den Wünschen der Universitätslehrer für Dermatologie durch Einführung der Prüfung in Haut- und Geschlechtskrankheiten beim Staatsexamen entsprochen ist, legen sie in einer Deutschrift neuerdings die Notwendigkeit weiterer Reformen dar. Wegen der erhöhten bevölkerungspolitischen Bedeutung der Geschlechtskrankheiten infolge des Krieges wird verlangt, daß alle Universitäten entsprechende Kliniken und Poliklinken mit Ordinarien an der Spitze erhalten, daß die Studenten mindestens zwei Semester in der Lehre von den Geschlechtskrankheiten unterrichtet und die Aerzte durch Kurse fortgebildet werden. Der Denkschrift ist eine Uebersicht über die gegenwärtigen Unterrichtsverhältnisse auf diesem Gebiete beigegeben. — Gegen die Berechtigung der Forderungen (vorausgesetzt, daß auch die kleinen Universitäten genügend Kranke zu Unterrichtszwecken haben) läßt sich natürlich nichts sagen; ob aber die Wünsche abgesondert von den übrigen Reformen, die die Vertreter anderer Fächer nicht mit Unrecht seit Jahren anregen, durchführbar sind, kann nicht ohne weiteres entschieden werden.

Wissenschaftliche Nachrichten. General v. Lettow-Vorbeck wurde gestern durch den stellvertretenden Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Berlin, Prof. Dr. E. Norden, das Diplom als Ehrendoktor überreicht.

Dem bekannten Berliner Spezialarzt für Gesichts- und besonders Nasenplastik, Dr. J. Joseph, wurde der Titel Professor verliehen. Professor Joseph ist seit dem Kriege Leiter der Abteilung für Gesichtsplastik der Charité und hat sich auf diesem Gebiete besondere Verdienste erworben.

Ingenieur Dr.-Ing. Paul Müller in Charlottenburg ist zum ordentlichen Professor für Elektromaschinenbau an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt worden.

Die Untersuchung des Mordes am sächsischen Kriegsminister.

Verhaftung von Verdächtigen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

H. Dresden, 14. April.

Die Untersuchung nach den Mördern des Ministers Neuring ist in vollem Gange. Es sind bereits vier Personen verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht stehen, an der Tat beteiligt zu sein. Ferner ist in der Umgebung des Kriegsministeriums eine Suche nach verborgenen Waffen abgehalten worden. Dabei wurden im Keller eines Hauses der Meißener Straße vier Maschinengewehre und eine größere Menge Munition vorgefunden. Die Hausbewohner erklärten, daß ihnen die Waffen von Soldaten übergeben worden seien, die einen Schein, unterzeichnet vom Spartacistenbund, vorgezeigt hätten. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei den Unruhen am Sonnabend zwei Zivilisten getötet und weitere zehn leicht bzw. schwer verwundet worden. Die Leiche des Ministers Neuring ist noch nicht gefunden. Neuring hinterläßt eine Witwe mit zwei Töchtern im Alter von 10 und 14 Jahren. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich der mit der Wahrnehmung der Geschäfte einstweilen beauftragte Kirchhof werden. Kirchhof ist Schneider von Beruf, war bisher Verbandsbevollmächtigter der Schneider in Dresden. Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und hatte seit der Revolution die Stellung eines Beigeordneten des Arbeiter- und Soldatenrates beim Generalkommando des zwölften Armeekorps inne. Er ist Mitglied der sächsischen Volkskammer und gehört auch dem Dresdener Stadtverordnetenkollegium an.

Dresden, 14. April. (T. U.)

Die mehrheitssozialistische Parteiversammlung in Chemnitz lehnte den Generalstreik und die Ausrufung der Räterepublik ab.

Die erste Volksabstimmung in Baden.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Mannheim, 13. April.

Die Beteiligung an der Abstimmung über die Frage der badischen Verfassung und die Fortdauer der Nationalversammlung war nur mäßig, da über das Ergebnis kein Zweifel vorhanden war. In Mannheim stimmten 26 240 dafür und 4190 dagegen. Als Gegner hatten nur die Unabhängigen eine rührige Agitation betrieben. Die Beteiligung betrug ein Drittel der Stimmberechtigten.

Am 11. d. M. ist das Vorstandsmitglied des Deutschen demokratischen Vereins Berlin-Westen und langjähriger Schatzmeister des Fortschrittlichen Bezirksvereins der Potsdamer Vorstadt Herr **J. Götz** gestorben. Der Verstorbene hat sich für die Interessen der Partei und den demokratischen Gedanken sehr lebhaft eingesetzt.

Der spartacistische Zukunftsstaat.

Auch eine Auffassung von Freiheit.

Die „Rote Fahne", die in Berlin wegen ihrer verhetzenden Tätigkeit nicht erscheinen darf, ist nach Leipzig übersiedelt und versendet nun von dort aus ihre Pfeile. Gleich in ihrer ersten Nummer nach der Flucht führt sie schweres Geschütz auf: sie veröffentlicht die spartacistischen Forderungen in Reinkultur. Dies die Hauptpunkte:

1. Neuwahl und klare Abstimmung der Arbeiter- und Soldatenräte in den Betrieben und Truppenteilen.
2. Rücksichtslose Entfernung aller abhängigen Führer und Unabhängigen, die durch Paktieren mit den Abhängigen das Rätesystem und die Revolution verraten haben.
3. Volle Anerkennung der programmatischen Forderungen des Spartacus-Bundes.
4. Sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:
   a) Befreiung aller politischen Gefangenen
   b) Auflösung aller parlamentarischen Versammlungen.
   c) Auflösung aller gegenrevolutionären Truppenteile, Entwaffnung der Bourgeoisie, Internierung aller Offiziere.
   d) Bewaffnung des Proletariats und sofortige Bildung revolutionärer Kadern.
   e) Aufhebung aller Gerichte und Einsetzung von Revolutionstribunalen. Aburteilung aller Kriegsanstifter, Gegenrevolutionäre und Verräter durch diese.
   f) Beseitigung aller staatlichen Verwaltungsbehörden (Bürgermeister, Landräte usw.). Ersetzung durch Volksdelegierte.
   g) Erlaß eines Gesetzes auf entschädigungslose Uebernahme aller Großbetriebe (Bergwerke usw.), des Groß- und Mittelgrundbesitzes durch die Gesellschaft, sofortige Uebernahme der Verwaltung durch Arbeiterräte.
   h) Erlaß eines Gesetzes auf Streichung der Kriegsanleihe bis zum Betrage von 20 000 Mark.
   i) Unterdrückung der gesamten bürgerlichen Presse einschließlich und ganz besonders der abhängigen Presse."

Vielleicht sind heute selbst die Radikalen ein wenig besonnener geworden nach den Münchener Erfahrungen. Charakteristisch für die Auffassung von Freiheit und Gerechtigkeit an diesem Programm ist, daß die Befreiung aller politischen Gefangenen verlangt wird und wenige Zeilen tiefer: „Aburteilung aller Kriegsanstifter, Gegenrevolutionäre und Verräter". Wer nicht Spartacist ist, wird dem spartacistischen „Revolutionstribunal" überantwortet. Von Pressefreiheit natürlich, wie erwiesen, keine Spur. In einem solchen Staate würde es eine Lust sein zu leben.

So lächerlich solche Forderungen auch sind, so haben sie doch eine bitterernste Seite: sie tragen zur Verhetzung bei, als deren Folgeerscheinungen Ereignisse wie die Dresdener zu buchen sind. Wenn die „Freiheit" mit Bezug auf den Dresdener Mord schreibt: „Mit Entsetzen erkennt man, bis zu welchem Grad der Demoralisation der entsetzliche Krieg geführt hat", so ist das richtig, nur müßte das Blatt noch hinzusetzen: „— und welches Unrecht wir begehen, wenn wir Unabhängigen diese Demoralisation für unsere aufpeitschende Agitation benutzen." Das müßte das Blatt schreiben, wenn es ehrlich wäre . . .

Die Streiklage.

Abreise einer Bankbeamtendeputation nach Weimar.

Die Streiklage im Bankgewerbe und in der Metallindustrie hat auch mit dem heutigen Tage keinerlei Abschwächung erfahren. Es besteht, wie wir bereits in unserem Morgenblatt ausführten, leider die Gefahr für den Ausbruch des Generalstreiks. Die Zentralstreikleitung der Metallindustrie hat soeben einen Aufruf „An alle Angestellten" erlassen, worin ausdrücklich um festeste Haltung in der Frage des Mitbestimmungsrechts gebeten wird. Sollte eine Ablehnung in dem gedachten Sinne erfolgen, so müßte unverzüglich zur Proklamation des allgemeinen Streiks aller Angestellten geschritten werden. Für heute abend 6 Uhr ist eine Vollversammlung der Obleute sämtlicher Angestelltenausschüsse Groß-Berlins in den Musikersälen anberaumt. Die Verbände der Bankbeamten haben gleichzeitig einen weiteren Schritt unternommen, um zur Durchführung ihres Programms zu gelangen. Es ist heute früh eine Deputation, bestehend aus den Bankbeamten Marx, Emonts, Teichmann, Fürstenberg und Anklam, zur Regierung nach Weimar gefahren, um dort an zuständiger Stelle vorstellig zu werden. In Berlin selbst hat sich das Gesamtbild insoweit verschärft, daß alle Bankinstitute nunmehr durch Streikposten hermetisch von der Außenwelt abgesperrt sind. Die Tätigkeit der Direktoren und Prokuristen in den Gebäuden ist vollkommen eingestellt, da auch ihnen der Zutritt zur Arbeitsstätte verweigert wird. Die Bankleitungen suchen sich zu behelfen, indem sie eine Anzahl fliegender Bureaus in einigen großen Hotels eingerichtet haben.

Auch in den anderen Erwerbszweigen hat man sich der Streikbewegung angeschlossen. Der Schutzverband der Berliner Kartonnagefabrikanten teilt mit, daß die Arbeiterschaft in sämtlichen Berliner Kartonnagenfabriken in den Streik getreten ist. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen tritt gleichfalls mit einer Reihe von Forderungen hervor, die sie bereits der Nationalversammlung unterbreitet haben. Im ablehnenden Falle ist mit einem Streik der Vorstände der Ortskrankenkassen zu rechnen.

Zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind die Richtlinien für einen neuen Tarifvertrag festgelegt worden. Dieser neue Vertrag baut sich auf den achtstündigen Arbeitstag auf mit einer viertelstündigen Ruhepause. Die Stadt verpflichtet sich u. a. neben der Zahlung zeitgemäßer Löhne zu weitgehenden sozialen Leistungen: Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen bis 26 Wochen, bei Betriebsunfällen darüber hinaus, Gewährung von Erholungsurlaub bis zu 20 Werktagen, Ruhegeld bei dauernder Arbeitsunfähigkeit usw. Die Entlohnungen der vielgestaltigen Arbeiterschaft soll nach einem einfachen System erfolgen. Es sind drei Gruppen vorgesehen: Bureau- und Verwaltungsbetriebe, Anstalts- und ähnliche Betriebe, und sonstige Betriebe, wie Werke usw. Die Dauer des Vertrages ist bis 1. Oktober, die des Lohntarifs bis 1. Juli dieses Jahres vorgesehen. Sämtliche Parteien haben zugestimmt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist ebenfalls um ihre Zustimmung schon ersucht worden.

Die Einführung der Friedenslöhnung für die Garnisonsoldaten

hat in den Berliner Regimentern allgemeine Unzufriedenheit erregt. Die Mannschaften, ebenso wie die Unteroffiziere und Feldwebel, haben erklärt, daß sie bei der allgemeinen Teuerung nicht imstande seien, mit diesen Bezügen auszukommen, und haben die Soldatenräte der einzelnen Formationen veranlaßt, deswegen sofort beim Generalkommando vorstellig zu werden. Das Generalkommando, das in dieser Frage selbstverständlich nicht zuständig ist, hat den Truppenteilen zugesichert, daß es sich zwecks weiterer Besprechungen sofort mit der Reichsregierung in Weimar in Verbindung setzen werde. Sollten die Forderungen der Soldaten nicht erfüllt werden können, so besteht die Absicht, in den Ausstand zu treten. — Ein Teil der Mannschaften ist entschlossen, an dem nächst-

fälligen Termin zu kündigen, da man der Ansicht ist, daß weder das Generalkommando noch das Kriegsministerium eine wesentliche Erhöhung der Löhnung zu ermöglichen imstande sind.

St. Leipzig, 14. April. (Privattelegramm.)

Eine Versammlung der Leipziger Bankangestellten erklärte sich für die Fortsetzung des Streiks. Die Beamten der Reichsbank treffen Vorbereitungen, um in den Streik einzutreten, wenn der Tarif durch die Berliner Bankenvereinigung wieder abgelehnt werden sollte. Die Prokuristen der Leipziger Banken haben eine eigene Organisation gebildet und Neutralität beschlossen; ihnen soll heute das Betreten der Banken durch Streikposten unmöglich gemacht werden.

⊙ Hamburg, 14. April. (Privat-Telegramm.)

Auf Veranlassung der Exekutive des A.-Rates sind heute die Mitglieder der Direktorien der Hamburger Banken und Bankfilialen mit den Vertretern der Bankbeamtenverbände zu einer Besprechung zusammengetreten, um zur Vermeidung des Streiks einen letzten Versuch zu machen. Die Verhandlungen dauern noch an, doch sind die Aussichten zu einer gütlichen Beilegung gering. Man rechnet damit, daß in Hamburg morgen der Generalstreik beginnen wird. Eine Ausnahme hiervon macht die Hamburger Vereinsbank, wo eine Einigung zwischen Direktion und Beamten erzielt worden ist.

Nachklänge zu den Novemberunruhen. Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat beschlossen, von der Stadtverordnetenversammlung einen Betrag von 100 000 Mark zu fordern, der zur Gewährung von Darlehen und Unterstützungen an Personen benutzt werden soll, die bei den Unruhen im November v. J. ohne eigenes Verschulden Schaden erlitten haben. Der Stadtverordnetenversammlung ist von den Unabhängigen Sozialdemokraten folgender Antrag unterbreitet worden: „Ist dem Magistrat bekannt, daß der Leiter des städtischen Krankenhauses Westend sich als Leiter dieses Krankenhauses in einem Aufruf in aufhetzender Weise gegen einen Beschluß der Vollversammlung des Arbeiterrates vom 8. März d. J. wendet, und was gedenkt der Magistrat zu tun, um einer derartigen unbefugten Ausnutzung einer Amtsstellung seitens eines städtischen Beamten entgegenzutreten." — Ein anderer Antrag verlangt vom Magistrat Auskunft, wie weit die Verhandlungen mit dem Kraftverkehrsamt in Berlin wegen der Sozialisierung des Kraftwagenverkehrs gediehen sind.

Feuergefecht zwischen wilden Händlern und Truppen.

Die Säuberung des Schönhauser Viertels.

Ein Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und fliegenden Händlern ereignete sich heute um 12 Uhr in der Gegend der Weinmeister- und Münzstraße. Um dem Hehlerunwesen zu begegnen, hatte das Alexander-Regiment heute wieder einen breiten Absperrungskordon um das dortige Stadtviertel geschlossen. Die zahllosen Händler widersetzten sich gewaltsam ihrer Vertreibung, und so kam es zu einem Feuergefecht, bei dem es eine Anzahl von Toten und Verwundeten gab.

In den ersten Nachmittagsstunden trat eine Pause ein. Die Feuerwehr brachte die Toten und Verwundeten in mehreren Wagen nach den Unfallstationen. Das ganze Viertel ist streng abgesperrt. Die Straßenbahnwagen werden umgeleitet.

*

In vergangener Nacht zwischen 3 und 4 Uhr fand eine zwanzig Minuten lange Schießerei in der Tiergartengegend statt. Truppen waren hierbei, wie uns mitgeteilt wird, nicht beteiligt. Es scheint sich um wilde Schützen gehandelt zu haben.

Der Betrug gegen die Preußische Staatsbank, der im August v. J. ausgeführt worden ist, gelangte heute zur Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Angeklagt sind der bei der Seehandlung angestellt gewesene 35jährige Korrespondent Gustav Rabiger und der 29jährige Bankbeamte Joseph Ziegler.

Automobilschnellverbindung Berlin—Leipzig. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Einverständnis mit dem sächsischen Ministerium des Innern dem Reisebureau des Allgemeinen deutschen Automobilklubs in Berlin, Neue Wilhelmstraße 9/11, die Genehmigung erteilt, zur Beförderung von Personen eine Kraftfahrzeuglinie Berlin—Leipzig während der Zeit vom 15. April bis 15. Mai d. J. zu betreiben. Dieser Autoschnellverkehr soll durch sechssitzige offene und geschlossene Tourenwagen durchgeführt werden; die Fahrt wi[rd] etwa fünf Stunden betragen.

Zwanzigtausend Mark geraubt. Ein Einbruch in de[n] Zentralarbeitsnachweis der Heizer und Maschinenbauer i[n] der Gormannstraße ist in der vergangenen Nacht verübt worden. Di[e] Einbrecher haben den Geldschrank erbrochen und eine Summe vo[n] zwanzigtausend Mark in barem Gelde geraubt. De[r] Verband hat eine Belohnung von tausend Mark für die Wieder[-]beschaffung des gestohlenen Geldes ausgesetzt. — Von einer vierköpfi[gen] bewaffneten Räuberbande wurde gestern abend ein junges Paa[r] am Rande des Tiergartens ausgeplündert und um dreihundert Ma[rk] beraubt. Unter den Räubern befand sich auch ein Soldat in fe[ld]grauer Uniform.

Besteuerung der Spielklubs. Der Haushaltausschuß de[r] Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat seine Beratu[n]gen beendet und den Steuersätzen des Magistrats zugestimmt. E[r] empfiehlt den Stadtverordneten 260 Prozent Zuschlag zur Einkommen[-]steuer zu beschließen. Der Haushaltausschuß empfiehlt den Stad[t]verordneten, den Magistrat zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigu[ng] an die Besteuerung der Spielklubs heranzutreten.

Auflösung des Elisabeth-Regiments.

Das Elisabeth-Regiment wird nach den bestehenden Bestimmunge[n] zum Teil aufgelöst und es bleibt nur ein etwa 400 Mann stark[es] Rumpfregiment bestehen. Diesem Rumpfregiment fallen manni[g]faltige Aufgaben zu. In erster Reihe handelt es sich um die A[b]wicklungsgeschäfte aus der Kriegszeit. Im ganzen sind die Papie[re] von etwa 50 000 Mann zu bearbeiten, die während des ganz[en] Feldzuges in den verschiedenen Regimentern Elisabeth eingeste[llt] waren. Ferner werden von dem Rumpfregiment Elisabeth alle A[n]gelegenheiten des 6. Garderegimentes und des Regiments 643 b[e]arbeitet werden. — Die übrigen Mannschaften, die weiterdiene[n] wollen, gibt das Elisabeth-Regiment an ein Reichswehrregiment d[er] Brigade Potsdam — an das Regiment Oven ab, in das sie a[ls] „Kompagnie Elisabeth" eintreten. Die Mannschaften, die nicht weite[r] dienen wollen, werden entlassen. Das Regiment Oven bezieht [in] den nächsten Tagen die Westendkaserne.

---

* Bankbeamtenstreik und „Mitbestimmungsrecht".

In den Angestelltenstreiks, die gegenwärtig wichtige Teile des Berliner Geschäftslebens lahmlegen, haben die bisherigen Verhandlungen nicht eine Annäherung, sondern eher eine weitere Auseinanderentwicklung der beiderseitigen Standpunkte zur Folge gehabt. Sowohl bei den Angestellten der Metallfirmen, wie auch beim Streik der Grossbank-Angestellten lag der Ursprung des Konflikts in finanziellen Forderungen, die bei verständiger Behandlung von beiden Seiten in Güte hätten geregelt werden können. Insbesondere wäre es, was den Streik im Bankgewerbe anlangt, sehr wohl möglich gewesen, den Konflikt bei der Darmstädter Bank friedlich beizulegen oder doch bei diesem Institut zu lokalisieren, wenn nicht durch die Ungeschicklichkeit der übrigen Bankleitungen (die den Anschein erregt hatten als ob sie ihren Angestellten Streikbrecherdienste für die Darmstädter Bank zumuten wollten, während es ihnen nach ihrer Behauptung nur darauf ankam, im allgemeinen Interesse den dringendsten Zahlungsverkehr für die Darmstädter Bank zu erledigen), die Auseinandersetzung auf eine allgemeine und grundsätzliche Basis gestellt worden wäre. Gerade in der jetzigen kritischen Zeit hätten die Banken den „Herr-im-Hause-Standpunkt", dessen schroffe Betonung in früheren Zeiten sehr viel zu der jetzigen starken Erbitterung der Bankbeamten beigetragen hat, nicht unnötigerweise unterstreichen sollen und jedes Vorgehen vermeiden müssen, das bei der nun einmal gereizten Stimmung der Angestellten — vielleicht ohne die Absicht der Bankleitungen — den Eindruck erwecken konnte, als ob die Banken nach wie vor auf diesem autokratischen Standpunkt zu verharren gewillt seien. Sie hätten gut getan, bevor sie sich zur Uebernahme von Abwickelungen für die Darmstädter Bank bereit erklärten, sich über die Art und den Umfang dieser Arbeiten mit ihren Angestellten vorher auszusprechen. Auf der anderen Seite haben die Angestellten zweifellos ihrerseits dadurch zur Verschärfung der Lage beigetragen, dass sie auf die Versuche zur Beilegung der Differenzen nicht bereitwillig genug eingingen, die Verhandlungen durch das Hineintragen politischer und prinzipieller Gesichtspunkte erschwerten und bis zu einem gewissen Grade verschleppten.

Der ganze Konflikt im Bankgewerbe ist eigentlich jetzt nichts weiter als ein Streit um des Kaisers Bart. Die finanziellen Differenzen sind — wie auch im Metallgewerbe — entweder gelöst oder mit einigem guten Willen unschwer zu lösen. Den Hauptstreitpunkt bildet das sogenannte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei Kündigungen und Entlassungen, und dieses kann und soll nicht durch private Abmachungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den einzelnen Gewerben geregelt werden. Ein Reichsgesetz ist angekündigt, und wird zweifellos in kurzer Zeit der Nationalversammlung vorgelegt werden, das die Frage des Mitbestimmungsrechtes allgemein zur Lösung bringt. Es ist ganz undenkbar, dass dieses Mitbestimmungsrecht für die Angestellten eines bestimmten Gewerbes wesentlich anders geregelt werden kann, als für die Arbeitnehmer aller übrigen Gewerbe. Sollten abr die Verhältnisse einer oder mehrerer bestimmter Gewerbezweige in manchen Einzelheiten besondere Formulierungen des Mitbestimmungsrechtes erforderlich erscheinen lassen, so werden diese Besonderheiten doch nicht durch private Vereinbarungen, sondern durch Ausnahmebestimmungen des allgemeinen Gesetzes festzulegen sein. Es hat für die Bankbeamten demnach praktisch wenig Zweck, jetzt für sich ein besonderes Mitbestimmungsrecht durchzusetzen. Würde nämlich ein solches Sonderrecht anders aussehen wie das schliesslich zur Annahme gelangende Gesetz, so müsste es diesem doch später angepasst werden. Ganz undenkbar erscheint es uns, dass die Bankangestellten, deren Vertreter, wie es heisst, nach Weimar zur Regierung gereist sind, ein Notgesetz für sich herausholen können. Damit wäre ein Präzedenzfall von weittragender Bedeutung geschaffen, und die Angestellten aller übrigen Gewerbezweige könnten mit demselben Recht ähnliche Notgesetze für sich verlangen, ja, sie würden zu einem derartigen Verlangen direkt ermuntert werden.

Während hier also aus Rechthaberei, Eigensinn und künstlich geschürter Erbitterung um Dinge gekämpft wird, die in absehbarer Zeit sowieso ihre gesetzliche Regelung finden werden, erleidet das Wirtschaftsleben unübersehbare Schädigungen. Allein schon der Umstand, dass die Einreichung und Anmeldung der fremden Wertpapiere verzögert und damit die Gewinnung von Zahlungsmitteln für die ausländischen Lebensmittel in einer für die Volksernährung ausserordentlich abträglichen Weise gestört wird, sollte die Parteien zum Nachgeben veranlassen. Die Bankleitungen, die sich ja einer reichsgesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechtes würden unterwerfen müssen, tragen — und das ist von ihrem Standpunkt aus verständlich — Bedenken, dem Rate des Oberbürgermeisters Wermuth zu folgen und „das Mitbestimmungsrecht freiwillig zuzugestehen, das ja sowieso kommen werde". Sie sind innerlich gegen das Mitbestimmungsrecht und wollen daher freiwillig nichts gegen ihre Ueberzeugung tun. Vielleicht liesse sich ein Ausweg derart finden, dass die Banken unter aller Wahrung und Vorbehalt ihres grundsätzlichen Standpunktes den Angestellten ein provisorisches Mitbestimmungsrecht mit der übergeordneten Instanz der Schlichtungsausschüsse einräumen, unter der Bedingung, dass dieses private Abkommen hinfällig wird, sobald eine allgemeine gesetzliche Regelung der Materie erfolgt ist, bezw. dass das private Abkommen alsdann den gesetzlichen Normen angepasst wird.

*** Entlastung der Reichsbank nach dem Quartalstermin.** Nach der mit dem Vierteljahresschluss im Zusammenhang stehenden starken Inanspruchnahme der letzten Märzwoche zeigten die Anlagekonten der Reichsbank in der ersten Aprilwoche eine entsprechende Entlastung. Die gesamte Kapitalanlage nahm von 30 330,8 Mill. M. auf 27 708,6 Mill. M., d. h. um 2 622,2 Mill. M. ab. Auf die bankmässige Deckung für sich allein genommen entfielen hiervon 2 618,8 Mill. M. Auf der anderen Seite erfuhren auch die fremden Gelder eine ganz beträchtliche Verminderung, nämlich um 3 250,4 Mill. M. auf 11 252,6 Mill. M. Der Neubedarf an papiernen Geldzeichen war in der ersten Aprilwoche verhältnismässig gering. An Banknoten mussten diesmal 4,3 Mill. M. neu in den Verkehr gegeben werden, während in der entsprechenden Woche des Vorjahres ein Rückfluss von 60,8 Mill. M. zu beobachten gewesen war. Der Gesamtumlauf an Banknoten stieg bis zum 7. April 1919 auf 25 494,8 Mill. M. Die Gesamtsumme der im Verkehr befindlichen Darlehnskassenscheine nahm in der Berichtswoche von 11 027,7 Mill. M. auf 11 051,5 Mill. M., also um 23,8 Mill. M. zu; in der ersten Aprilwoche 1918 waren 97,4 Mill. M Darlehnskassenscheine aus dem Verkehr zurückgeflossen. Der Goldbestand verminderte sich um 2,1 Mill. M. auf 1 913,9 Mill. Mark. Der Gesamtdarlehnsbestand bei den Darlehnskassen zeigte diesmal nur eine geringfügige Veränderung; er erhöhte sich um 2,7 Mill. M. auf 17 875,3 Mill. M. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floss in die Kassen der Reichsbank, die, wie oben erwähnt, 23,8 Mill. M. an Darlehnskassenscheinen in den Verkehr geben musste. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen verminderten sich auf 6 703,5 Mill. M.

Drohung der Textilindustrie mit Selbsthilfe gegen die Zwangswirtschaft. Kürzlich fand in Berlin auf Einladung des Fabrikantenvereins in Sorau eine Protestversammlung gegen die fortbestehende Zwangswirtschaft in der Textilindustrie statt, an der neben zahlreichen anderen Textilverbänden auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichstextil-Akt.-Ges. (Retag) und der Reichswirtschaftsstelle für Flachs teilnahmen. Von den Fabrikanten wurde die Ansicht vertreten, dass der freie Handel die Textilwaren schneller und ebenso gleichmässig an die Abnehmer verteilen könne wie die behördlichen Stellen. Nach einem uns von beteiligter Seite übermittelten Bericht sollen die Vertreetr der Regierung zugegeben haben, dass durch die Zwangsbewirtschaftung die Ware um mindestens 11 pCt. verteuert würde und überdies später als durch den freien Handel dem Konsum zugeführt werde. Sie stellten trotzdem keinen Abbau der „Retag" in Aussicht, da nur durch die behördliche Verteilung die ärmere Becölkerung mit Ware versorgt werden könne. Daraufhin wurde mit einer Majorität von mehr als 90 pCt. der Versammlung die folgende Resolution angenommen:

„Die „Retag" ist zum Zweck der allgemeinen Auflösung sofort abzubauen. Die Fabrikanten sind von jedem Angebotszwang zu befreien. Die fertige Ware ist dem freien Handel zuzuführen. Zur Vermeidung von Uebertenerung unterwerfen sich die Fabrikanten nach wie vor den für die Kalkulation der Waren aufgestellten Richtlinien. Die Versammlung verlangt Erklärung der Regierung bis zum 20. April 1919 an den Fabrikantenverein in Sorau (N.-L.). Sollte dieselbe bis dahin nicht eingegangen sein, so müssten die Fabrikanten im Interesse ihrer Selbsterhaltung unter Hinwegsetzung über die bestehenden Beschlagnahmebestimmungen zur Selbsthilfe greifen."

Wenngleich auch wir einen allmählichen Abbau der Zwangsbewirtschaftung in der Textilindustrie für notwendig halten, möchten wir doch die Fabrikanten davor warnen, den Weg der Selbsthilfe unter Hinwegsetzung über die bestehenden Beschlagnahmebestimmungen einzuschlagen. Eine solche „Revolution der Industrie" würde letzten Endes weder den Fabrikanten noch der Allgemeinheit förderlich sein.

Die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse für steuerliche Zwecke. Die Besitzsteuerämter werden nunmehr, wie schon von uns angekündigt, angewiesen werden, die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 bis Ende Mai zu verlängern. Es sei hierbei darauf hingewiesen, dass der Termin zur Einreichung der Vermögensverzeichnisse noch nicht bestimmt ist; sie hat erst zu erfolgen, wenn die Besitzsteuerämter dazu auffordern werden. Zur Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses sind grundsätzlich alle Personen verpflichtet, die Vermögen im Sinne des Besitzsteuergesetzes haben. Eine untere Vermögensgrenze ist für diese Verpflichtung in der Verordnung nicht vorgeschrieben.

✕ Die Akt.-Ges. Georg Egestorff's Salzwerke und Chemische Fabriken in Hannover schliesst das Geschäftsjahr 1918 mit einem Gewinn ab, der sich einschliesslich 63 983 M. (i. V. 351 290) Vortrag auf 1 233 287 M. (1 617 464) stellt; aus ihm werden wie im Vorjahre 350 000 M. Abschreibungen bestritten, wieder 12 pCt. Dividende gezahlt und 28 393 M. auf neue Rechnung vorgetragen, während im Vorjahre auch noch 350 000 M. einem Fonds für den Uebergang zur Friedenswirdschaft zugeführt worden waren. Wie die Verwaltung mitteilt, hatte der Kohlenmangel in 1918 eine weitere Einschränkung und selbst die Stillegung eines Teiles der Betriebe nötig gemacht. Neuerdings, nach Wiederherstellung des Rhein-Weser-Kanals habe sich zwar die Kohlenzufuhr gebessert, doch sei sie noch ganz ungenügend. An eine wesentliche Ausdehnung der eingeschränkten Betriebe sei in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die Lohnverhältnisse hätten zurzeit eine Höhe erreicht, die die Konkurrenz mit dem Auslande und damit jeglichen Export der Produkte ausschlössen.

*** Maschinenbau Akt.-Ges. Balke** in Bochum. Auf der Tagesordnung der demnächst stattfindenden Generalversammlung steht u. a. auch ein Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 1,4 Mill. M. auf 3,9 Mill. M.

+⊙ Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken Akt.-Ges. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 15 pCt. festgesetzt. Die auf der Tagesordnung stehende Satzungsänderung betreffend Erhöhung der Bezüge des Aufsichtsrates wurde genehmigt. Eine Neuwahl für das im Berichtsjahre verstorbene Mitglied des Aufsichtsrates Landgerichtsrat Schmieding wurde nicht vo[r]genommen. Bezüglich der Aussichten teilte der Vorsitzende m[it,] dass das Geschäft naturgemäss unter den gegenwärtigen Verhältnissen [zu] leiden habe, die Aufträge seien sehr bedeutend zurückgegangen, so da[ss] man für das laufende Geschäftsjahr keine grossen Hoffnungen heg[en] dürfe.

*** Die Carl Lindström Akt.-Ges.** in Berlin weist für d[as] Jahr 1918 einen Bruttogewinn von 5 442 496 M. gegen 3 684 699 M. im V[or]jahre auf. Einschliesslich 140 290 M. (126 269) Vortrag wird der Rein[-]gewinn mit 1 861 703 M. (1 832 695) berechnet, aus dem diesmal wied[er] 15 pCt. Dividende und eine Sondervergütung von 10 pCt. gegen 5 p[Ct.] für 1917 zur Ausschüttung gelangen und 26 049 M. neu vorgetragen werd[en] sollen. Wie die Verwaltung mitteilt, haben die Umsatzziffern in 1918 ei[ne] ganz aussergewöhnliche Höhe erreicht und dementsprechend seien auch d[ie] Aussenstände — von 2 010 941 M. auf 4 344 544 M. — und die Schulden von 5 468 207 M. auf 6 432 215 M. — gestiegen. Die Nachfrage na[ch] Friedensartikeln sei in allen Zweigen der Fabrikation des Unte[r]nehmens aussergewöhnlich rege und es wäre dringend zu wünschen, da[ss] sich bald wieder Verhältnisse einstellen, die Gelegenheit geben, die techni[sch] und finanziell auf der Höhe befindliche Situation der Gesellschaft dur[ch] die Arbeitsfreudigkeit der Werksangehörigen auch voll für den Export a[us]zunutzen. Bezüglich der Aussichten des laufenden Jahres lasse si[ch] jedoch nichts Bestimmtes voraussagen.

* An der Börse

löste heute die Absetzung der Räteregierung in München eine zuver[-]sichtliche Stimmung aus, die allerdings durch die Verschärfun[g] des Bankbeamtenstreiks und den drohenden Generalstreik der Angestellte[n] in Berlin beeinträchtigt wurde. Am Montanaktienmarkt über[-]wogen die Kursbesserungen, die besonders bei den Aktien des Lothring[er] Vereins und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks Akt.-Ges. erhebli[ch] waren. Beträchtlich höher im Kurse stellten sich ferner die Aktien d[er] Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken und unter den Elektrizitäts[-]aktien die der Felten & Guilleaumewerke. Anilinwerte wa[ren] heute im Kurse erholt. Schiffahrtsaktien litten meist unter A[b]gaben. Ausländische Bahnenwerte bröckelten teilweise im Kurse ab.

Im Laufe der Börse prägte sich bei ruhigem Geschäft eine ve[r]hältnismässig feste Tendenz aus.

Variable Kurse.

	12. 4.	Heutige	Kurse		
Lombard.	18½	18¼	—	—	—
Pr. Henry	208½	208½	—	—	—
Orientb.	246	245	—	244½	245
Schantg.	153½	151½	—	151⅜	153
Gr. Berl.	129¾	—	—	129	—
Türk. Tab.	405	—	407½	406	405
O. Austral	164¾	162¾	—	163	—
Hbg. Pak.	99½	100½	99½	—	—
„ Südam.	184¾	184	182	182½	182
Hansa	242	238	236½	237	238
Ndd. Lloyd	102¾	102¾	102	—	—
Bismarck	179½	180½	—	179½	179
Bochumer	—	—	—	—	182½
Dt. Luxb.	140½	140¾	142	145	146½
Gelsenk.	174½	173½	—	—	174
Harpener	152½	—	—	—	—
Hohenlohe	—	—	—	—	—
Kattowitz	—	—	—	—	—
Laura	—	—	—	—	—
Lothr. Htt.	163½	166¼	166	165½	168
Mannesm.	168	—	—	—	—
Ob.-Eis.-B.	115½	115¾	—	—	—

	12. 4.	Heutige	Kurse		
O.Eis.-Ind.	134	—	—	—	[illegible]
Phönix	182	183	—	182½	[illegible]
Rhein. St.	133½	135	—	—	—
Rombach.	165½	163	165½	—	[illegible]
A. f. Anil.	217	218½	219½	—	[illegible]
Bad.	—	281½	—	—	—
Elb. Farb.	249½	250½	—	—	—
Höchster	252	255	—	258	—
A E G	—	—	166	165½	—
Bergmann	—	139	—	—	—
Siem. u. H.	—	—	—	—	—
Schuckert	120	120½	—	—	—
Felt. Guill.	158½	—	157½	—	—
Gb. Böhler.	—	—	178	—	—
Dt. Waffen	202	204	—	—	—
Hirsch K.	—	—	—	—	—
V. Köln-R.	212½	—	217½	216	—
Orenstein	172½	175	—	—	—
Rhein. Met	—	177	—	—	—
Daimler	220	222½	—	—	[illegible]
Dt. Kali	176	176½	—	—	[illegible]

Kurse Berliner Bankaktien: Deutsche Bank 216, Diskonto-Gesellscha[ft] 174, Dresdner Bank 147¾, Handelsgesellschaft 149, Darmstädter Bank 1[..] Kommerzbank 123, Nationalbank 105¼, Mitteldeutsche Kreditbank 1[..]

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere übe[r]wogen heute die Kursbesserungen.

Im freien Verkehr gaben heute die Aktien der Deutsch[en] Petroleum-Gesellschaft um 4 pCt. im Kurse nach, auch die Aktien d[er] Benz-Gesellschaft tendierten in recht schwacher Haltung. Kaliwer[te] waren behauptet, ebenso Kolonialanteile.

Telegraphische Auszahlungen	14. 4. Geld	14. 4. Brief	12. 4. Geld	12. 4. Brief
Holland ... G	522	522½	512	512½
Kopenhag. Kr.	315	315½	310	310½
Stockholm Kr	334½	335½	329½	330½
Christiania Kr.	324½	325½	319½	320½
Helsingfors ..	123½	124	121½	122½
Schweiz ... Fr.	258½	259	253½	254

Telegraphische Auszahlungen	14. 4. Geld	14. 4. Brief	12. 4. Geld	12. 4. Brief
Wien .... / Budapest Kr	44.95	45.0[.]	44.95	45,[..]
Konstantinop. 7. F		—	—	—
Madrid ... / Barcelona Ps	186	187	185	1[..]

Am Rentenmarkt waren heimische Anleihen gut behaupte[t.] Kriegsanleihen setzten zu 83⅝ pCt. ein und bröckelten später auf 83 [..] pCt. ab. Die ungarische Goldrente gab um 1½ pCt. im Kurse nach u[nd] zwar im Zusammenhang mit der Meldung, dass die jetzt fälligen ungarisch[en] Schatzwechsel mangels Deckung vorläufig nicht eingelöst werden. 4pro[z.] Dresdner Stadtanleihe war heute zu 96½ pCt. gesucht, nachde[m] am Sonnabend vereinzelte Abschlüsse zu etwa 93¼ pCt. stattfanden.

Dividenden und Abschlüsse.

Akt.-Ges. für Eisenindustrie und Brückenbau (Harkor[t]) 9 pCt. (wie i. V.) Prioritätsaktien, 8 pCt. (wie i. V.) Stammaktien.

Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte: 6 pCt. (4). Generalve[r]sammlung 17. Mai.

Saline Soolbad Salzungen. 4½ pCt. (4½). Gen.-Vers. 9. M[ai.]

Portland Cementfabrik Germania in Hannover: wied[er] 8 pCt auf die Vorzugs- und 2 pCt. auf die Stammaktien.

Odenwälder Hartstein-Industrie Akt.-Ges. Abschreibunge[n] 155 579 M. (183 772), Ueberschuss 197 237 M. (183 693), Dividend[e] 10 pCt. (8). Die gesamten noch im Umlauf befindlichen Obligatione[n] (320 000 M.) wurden 1918 zurückgezahlt.

Kühlhaus Centrum Akt.-Ges. in Hamburg: 6 pCt. (8).

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: i. V. Bruno St[..] Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokal[es,] Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; f[ür] das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitun[g] Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blatte[s] Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baro[..] Schöneberg. Druck und Verlag Rudolf Mosse in Berlin.